

Antrag A-03**AG Migration und Vielfalt NRW, NRWJusos, NRWSPDqueer, ASF NRW****Der Landesparteitag möge beschließen:****Rote Linien für eine humanitäre und solidarische Asylpolitik**

1 Das Asylrecht ist eine große menschenrechtliche Errungenschaft – entstanden als eine Folge des dunkelsten Kapitels unserer Menschheitsgeschichte. Nach der Erfahrung der nationalsozialistischen Diktatur, des Zweiten Weltkriegs und der mit ihm verbundenen Flüchtlingsbewegungen schrieb die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen von 1948 erstmals ein individuelles Asylrecht fest. Artikel 14, Absatz 1 lautet: „Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgungen Asyl zu suchen und zu genießen.“

11

12 Diese Errungenschaft des Asylrechts wird durch den jüngst getroffenen Asylkompromiss auf der EU-Innenministerkonferenz ausgehöhlt. Menschen, die aus individuellen Notlagen fliehen, wie beispielsweise vor Krieg und Terror und völkerrechtlich ein Anrecht auf Asyl in der Europäischen Union haben, können abgewiesen werden, wenn sie über einen sogenannten sicheren Drittstaat in die EU eingereist sind. Sie werden in den sogenannten sicheren Drittstaat zurück abgeschoben. Auch die geplante Ausweitung der sogenannten sicheren Drittstaaten, ist aus menschenrechtlicher Perspektive ein weiterer Schritt, der die Aushöhlung des Asyl- und Völkerrechts formt. Wie drastisch Menschenrechte, durch sogenannte Kooperationen zwischen der EU und von der EU deklarierten sicheren Drittstaaten erfolgt, missachtet werden, sehen wir nun mal einmal zuhau an der Situation von Schutzsuchenden in Libyen. Grenzverfahren und Geflüchteten-Camps außerhalb der EU einzurichten und dort den Anspruch der Geflüchteten auf Asyl zu prüfen, trifft die Schwächsten, insbesondere Familien mit Kindern und Minderjährigen sowie allein reisende Minderjährige und weitere vulnerable Gruppen wie z. B. die der LGBTIQ*, besonders hart. Zudem wird insbesondere für Kinder und Minderjährige der besondere Schutz der UN-Kinderrechtskonvention nicht eingehalten. Standardisierte, verkürzte und absehbar ohne Rechtsbeistand durchgeführte Verfahren reduzieren die Chancen von FINTA-Personen Asyl zu erlangen und sie werden auf ihr „sicheres Herkunftsland“ reduziert. Weitere Asylgründe treten hierdurch in den Hintergrund.

43

44 Dieser Asylkompromiss ist ein rechtstaatlicher Kotau vor den Rechtspopulist*innen in der EU. Er dient lediglich der Abschreckung Schutzsuchender, die sich trotzdem

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in Fassung der Antragskommission****Ersetze Zeile 44f.:**

Dieser Asylkompromiss ist das erschreckende Ergebnis eines immer stärker um sich greifenden Rechtspopulismus in Europa, der sich auch in immer mehr Regierungen wiederfindet.“

Streiche Zeile 72ff:

Wir kritisieren ... gestellt wird.

Füge ein in Zeile 74:

Eine Abschaffung oder Aufweichung des Asylrechts - ganz gleich in welcher Form - wie es die Spitze der Unions-Bundestagsfraktion fordert, darf es niemals geben. Das Recht auf Asyl ist auch aus historischer Verantwortung fest verankert in unserer Verfassung. Die Katastrophe der Konferenz von Evian, die keine Einigung auf ausreichend Plätze zur Aufnahme von verfolgten Jüd:innen erzielen konnte, verpflichtet uns, am individuellen Recht auf Asyl festzuhalten.

Ergänze in Zeile 79:

Gleichzeitig gehört zu einer solidarischen Asylpolitik ein gerechter und verpflichtender Verteilmechanismus unter allen EU-Mitgliedsstaaten, der gegebenenfalls auch mit Sanktionen durchgesetzt werden kann.

47 weiterhin auf den tödlichen Weg über das Mittelmeer
48 machen werden. Er missachtet vor allem die Lebensper-
49 spektive jener, die ein Leben in Schutz benötigen und
50 verdienen. Er dient lediglich der Abschreckung Schutzsu-
51 chender, die sich trotzdem weiterhin auf den tödlichen
52 Weg über das Mittelmeer machen werden. Im Gegenzug
53 schreckt er lediglich diejenigen ab, die wir in Deutsch-
54 land als Arbeits- und Fachkräfte zur Wahrung unseres
55 Wohlstandes benötigen. Wieso sollte ein Mensch noch
56 nach Europa mit Abwehrkultur migrieren, wenn er auch
57 in ein anderes Land gehen kann, wo er sich zudem noch
58 in der englischen Sprache verständigen kann?

59

60 Aussagen der rechtsgerichteten Regierungen in Polen
61 und Ungarn, dass sie selbst diesen Asylkompromiss
62 nicht mitgehen wollen, lassen weitere Verschärfungen
63 befürchten.

64

65 Wir wollen mit diesem Antrag rote Linien definieren
66 für eine humanitäre und solidarische Asylpolitik unserer
67 Partei.

68

69 • Wir bekennen uns zum Asylrecht. Das ist ei-
70 ne menschenrechtliche Errungenschaft nach den
71 dunkelsten Erfahrungen unserer Menschheitsge-
72 schichte. Wir kritisieren es, wenn dieses Asylrecht
73 von CDU-Politikern wie Jens Spahn in Frage ge-
74 stellt wird.

75 • Wir lehnen Pläne ab, wie sie von den Regierungen
76 in Großbritannien und Dänemark verfolgt werden
77 bzw. wurden, Asylverfahren in andere Länder wie
78 zum Beispiel Ruanda auszulagern.

79

80 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der
81 Bundesregierung, die SPD-Bundestagsfraktion, den
82 SPD-Bundesparteivorstand und die SPD-Mitglieder
83 in der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament
84 auf, sich für folgende Verbesserungen des auf der
85 EU-Innenministerkonferenz getroffenen Asylkompro-
86 misses und GEAS-Reform einzusetzen:

87

88 • Grenzverfahren müssen freiwillig bleiben und
89 durch EU-Mittel finanziert und deren Durchfüh-
90 rung durch EU-Personal begleitet werden. Eine Fik-
91 tion der Nichteinreise ist abzulehnen.

92 • Verpflichtendes Menschenrechtsmonitoring
93 durch Nichtregierungsorganisationen in allen
94 Phasen des Asylprozesses und der Zugang und die
95 Transparenz müssen vollumfänglich gewährleis-
96 tet sein.

97 • Analog zur deutschen Regelung sollten Geflüch-
98 tete eine unabhängige Verfahrensberatung an die
99 Seite gestellt bekommen, und sie müssen ein in-

100 dividuelles Recht auf einen Rechtsbeistand - wäh-
101 rend ihres gesamten Asylprozess - anerkannt be-
102 kommen. Hilfsorganisationen brauchen jederzeit
103 Zugang.

- 104 • Keine de facto Inhaftierungen: Alle Einrichtungen
105 müssen im laufenden Asylprozess jederzeit und an
106 jedem Schritt unverzüglich verlassen werden kön-
107 nen.
- 108 • Familien mit Kindern sollen vom Grenzverfahren
109 ausgenommen werden.
- 110 • Medizinische und psychologische Betreuung ist
111 dauerhaft und professionell von ausgebildetem
112 Fachpersonal sicherzustellen.
- 113 • Sichere Drittstaaten müssen unter qualifizierten
114 Kriterien durch die Kommission und das Europäi-
115 sche Parlament festgelegt werden. Eine Durchrei-
116 se oder ein Aufenthalt zur Durchreise dürfen nicht
117 als Verbindung zum Drittstaat gewertet werden.
- 118 • Wir lehnen also eine willkürliche Ausweitung von
119 sogenannten sicheren Drittstaaten ab.

120

121 Des Weiteren fordern wir für eine zukünftige humanitä-
122 re Asylpolitik:

123

- 124 • Das Sterben der flüchtenden Menschen auf dem
125 Mittelmeer muss ein für alle Mal durch huma-
126 nitäre Maßnahmen enden. Die Bundesregierung
127 muss sich in Zusammenarbeit mit den europäi-
128 schen Partner*innen für den Einsatz und Aus-
129 bau der Seenotrettung mit ärztlicher Versorgung
130 einsetzen. Hilfsorganisationen dürfen nicht krimi-
131 nalisiert und diffamiert werden; sie sollen auf-
132 genommene Geflüchtete unmittelbar in europäi-
133 sche Häfen ausschiffen dürfen. Wir müssen daher
134 immer unterscheiden zwischen notwendiger Hil-
135 fe der Seenotrettung auf der einen und Geschäftem-
136 achern auf der anderen Seite, denen das Schick-
137 sal der Flüchtenden egal ist.

- 138 • Die Menschenrechtsverletzungen der Frontex
139 müssen aufhören. Die Frontex-Politik an den
140 europäischen Grenzen wird im Sinne humanitärer
141 Hilfe überarbeitet und geändert. Die Bundes-
142 regierung muss sich entschieden aktiv gegen
143 Pushbacks einsetzen.

- 144 • Frontex ist gegenüber dem Europäischen Parla-
145 ment und dem Rat der Europäischen Union Fron-
146 tex muss von einem ständigen parlamentarischen
147 Kontrollgremium überwacht werden. Ein struktu-
148 relles Vorbild dieses Gremiums kann das parla-
149 mentarische Kontrollgremium von Europol sein.
150 In diesem muss Frontex regelmäßig, transpa-
151 rent und umfassend über die allgemeinen Tätig-
152 keiten und über Vorgänge von besonderer Be-

- 153 deutung unterrichten und weiteren Berichtswün-
154 schen nachkommen.
- 155 • Wir fordern die Einrichtung eines EU-Fonds für In-
156 tegration und Entwicklung, um Kommunen euro-
157 paweit dabei zu unterstützen, Geflüchtete zu in-
158 tegrieren.
 - 159 • Die Resettlement-Programme, die eine sichere
160 Aufnahme von Schutzsuchenden ermöglichen,
161 müssen in der Europäischen Union ausgebaut
162 werden.
 - 163 • Beschäftigungsverbote für Asylbewerber*innen
164 und Geduldete sollen in Gänze abgeschafft wer-
165 den. Wir benötigen in Deutschland Arbeitskräfte,
166 und Arbeit ist der beste Weg zur Integration.
 - 167 • Die bei den Ukraine-Geflüchteten angewandte
168 FREE (Fachanwendung zur Registerführung, Er-
169 fassung und Erstverteilung) als vorübergehen-
170 des Schutz-System, das individuelle Rahmenbe-
171 dingungen der Geflüchteten, wie z. B. familiäre
172 Bindungen, bei der Zuweisung auf die Kommunen
173 berücksichtigt, soll für alle Geflüchteten gelten.
174
- 175 Wir wissen, dass die Kommunen enorme Integrations-
176 leistungen bei der Aufnahme von geflüchteten Men-
177 schen geleistet haben und immer noch leisten. Die Kom-
178 munen brauchen hierfür mehr Unterstützung! Dazu
179 wollen wir die finanziellen, rechtlichen und politischen
180 Rahmenbedingungen setzen.
- 181
 - 182 • Integration muss als kommunale Pflichtaufgabe
183 gesetzlich abgesichert werden, und Bund und Län-
184 der müssen die Kommunen mit ausreichend fi-
185 nanziellen Mitteln bei der Integration unterstüt-
186 zen.
 - 187 • Das Land NRW muss die Zahl der Plätze in den Lan-
188 deseinrichtungen für Geflüchtete ausbauen – auf
189 mindestens 70.000, so wie die kommunalen Spit-
190 zenverbände es fordern.
 - 191 • Das Land NRW setzt sich für rechtliche und
192 verbindliche Qualitätsstandards in allen Un-
193 terbringungseinrichtungen -im Kontext von
194 Landesaufnahmesystemen- ein.
 - 195 • Schutzsuchende verdienen in NRW eine hürden-
196 lose und humane Gesundheitsvorsorge. Das Land
197 NRW und vor allem die Landesregierung, muss da-
198 für die elektronische Gesundheitskarte für Schutz-
199 suchende flächendeckend einführen. Auch hier
200 dürfen die dafür aufzubringenden und laufenden
201 Kosten nicht bei den Kommunen liegen und müs-
202 sen vom Land übernommen werden.
 - 203 • Das Land NRW muss die vom Bund zur Verfügung
204 gestellten Mittel zur Geflüchtetenversorgung voll-
205 ständig an die Kommunen weiterleiten und darf

206 nicht, wie zuletzt geschehen, die Hälfte für sich
207 einbehalten. Ein Polster für den Landeshaushalt
208 auf Kosten der Geflüchteten und der Kommunen
209 zu schaffen, ist schäbig von der schwarz-grünen
210 Landesregierung.

- 211 • Für die Verteilung von geflüchteten Menschen in
212 die Länder und auf die Kommunen brauchen wir
213 einen neuen Verteilungsschlüssel. Die Verteilung
214 der Geflüchteten vom Bund auf die Länder er-
215 folgt aufgrund des Königsteiner Schlüssels, der ur-
216 sprünglich für die Verteilung der Kosten überre-
217 gional bedeutender Forschungseinrichtungen auf
218 die Bundesländer gedacht war und auf Basis der
219 Steuereinnahmen und der Bevölkerungszahl be-
220 rechnet wird. Das Land verteilt die Geflüchteten
221 auf die Kommunen aufgrund eines Schlüssels (Flü-
222 AG), der den Einwohner*innenanteil der Gemein-
223 den an der Gesamtbevölkerung des Landes und an
224 dem Flächenanteil der Gemeinde an der Gesamt-
225 fläche Nordrhein-Westfalens berücksichtigt. In ei-
226 nem neuen Integrationsschlüssel müssen weite-
227 re Aspekte berücksichtigt werden: Wie viele Kita-
228 und Schulplätze stehen zur Verfügung? Wie vie-
229 le freie Wohnungen gibt es? Und inwiefern ha-
230 ben die Kommunen bereits andere Integrations-
231 leistungen zu bewältigen, zum Beispiel durch Ein-
232 wanderung innerhalb der Europäischen Union?